

# Dresdner Nachrichten

Begründet 1856

Druckerschrift: Neudruck Dresden.  
Fernsprecher-Gesamtnummer 28 241  
Nur für Nachdruck: 20011.

Bezugs-Gebühr bei ständiger Jutragung in Dresden oder durch die Post monatlich M. 210,—  
Einzelnnummer M. 8,—, Sonntagsausgabe M. 10,—  
Anzeigen-Preise. Die Spalte 32 mm breite Zeile M. 20,—, einseitig M. 25,—, Familien-  
anzeigen, Anzeigen unter Stellen- u. Wohnungsmarkt, 10spaltige Zeile u. Verträge  
25,—, Nachsch. Bezugsplätze laut Tarif. Anzeigen, Nachträge gegen Vorbezahlung.

Verantwortung und Herausgeber: Max  
König, Poststraße 38/40.  
Druck u. Verlag von Weyh & Reichardt in Dresden.  
Postfach-Nr. 1088 Dresden.

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.“) zulässig. — Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

**Brautausstattungen**  
Einzelmöbel in allen Preislagen

27 Kamenzer Straße  
Straßenbahn 5

J. A. BRUNO  
**KÖNIG**

Kamenzer Straße 27  
Telephon 22667

**Schloß-Konditorei Weber**  
Schloßstraße 19  
(neben III-Schloß)

Erstes Tages-Café mit feinen Konditorei-Spezialitäten

**Senkingherde**  
ESCH - Dauerbrandöfen

Alleinverkauf:  
Chr. Garms w. Eckardt 6r. Zwingerstr. 13  
Fernspr. 10362

Fachgeschäft für transportable Herde und Öfen

## Gegen die Schuldknechtschaft Deutschlands.

### Eine bedeutende Rede Mac Kennas vor den internationalen Bankiers.

(Eigener Drahtbericht der „Dresdner Nachrichten“.)  
Newyork, 4. Okt. Auf der Versammlung der internationalen Bankiers, die augenblicklich in Newyork stattfindet und auf der 10000 Bankleute aus allen Gegenden Amerikas versammelt sind, hielt in der verflochtenen Nacht der früheren englische Schatzkanzler

**Mac Kenna**  
eine sehr bedeutende Rede, in der er für eine Reduzierung der deutschen Zahlungen eintrat. Er erklärte, daß das Londoner Abkommen vom 5. Mai v. J. vollkommen undurchführbar sei. Von sämtlichen internationalen Schulden sei die Schuld Deutschlands die größte. Durch

das Londoner Ultimatum sei sie auf 132 Milliarden schätzungsweise worden. Alle übrigen alliierten Schulden verminderten dagegen beträchtlich. Der Redner äußerte sich dann über die Schnelligkeit, mit der Frankreich nach dem Kriege 1870/71 seine Kriegsschuld bestrahlte, die in Deutschland schwere wirtschaftliche Folgen verursacht hätte. Die Sachverständigen, die die Unterzeichner des Versalles Friedensvertrages hätten, hätten sicherlich in gutem Glauben gehandelt, wenn sie behaupteten, daß Deutschland fähig sei, 120 Milliarden Goldmark zu zahlen, aber diese Behauptung beweise noch nicht, daß Deutschland auch in der Lage sei, diese Summe auch an das Ausland abzuführen.

An der Produktionskraft Deutschlands habe niemand gezweifelt, aber man müsse die produzierten Waren auch absetzen können. Bezahlen könne Deutschland nur mit dem Mehrertrag seiner Produktion.

Vor dem Kriege habe Deutschland eine große Handelsflotte gehabt und hätte seine eigenen Waren auf seinen eigenen Schiffen befördern können. Aus allen möglichen Gründen könne Deutschland dem Londoner Ultimatum nicht nachkommen. Deutschland habe in bar und in natura bereits etwa 5 Milliarden Goldmark gezahlt. Trotz des verhältnismäßig geringen Anteils von Barzahlungen sei eine fürchtbare Entwertung der deutschen Mark eingetreten, die es Deutschland nicht möglich mache, auf diesem Export Mittel für die Barzahlungen zu stellen. Auf der letzten Konferenz über die Wiederherstellungsfrage in London habe man

**Zwangsmassnahmen**  
vorgeschlagen, um Deutschland zu Barzahlungen zu zwingen. Aber Deutschland sei nicht in der Lage, zu zahlen, was man von ihm verlange. Die Ueberwälzung der auswärtigen Märkte mit deutschen Waren werde von den fremden Nationen mit Unwillen gesehen. Das habe einen verhängnisvollen Kreislauf geschaffen, aus dem man nicht wieder herauskomme. Die deutschen Kaufleute hätten zur Bezahlung der Rohstoffe ausländische Werte nötig. Man müsse genau prüfen, was Deutschland zu zahlen fähig sei. Sicherlich könne es etwa 5 zahlen, aber nicht in der Form und unter den Bedingungen, die es Deutschland nicht möglich mache, auf diesem Export Mittel für die Barzahlungen zu stellen. Auf der letzten Konferenz über die Wiederherstellungsfrage in London habe man

## Günstiger Verlauf der Besprechungen in Mudania

### Ein Abkommen zwischen Ismed Pascha und den alliierten Generalen.

(Eigener Drahtbericht der „Dresdner Nachrichten“.)  
Konstantinopel, 4. Okt. Zwischen den alliierten Generalen und Ismed Pascha ist ein Abkommen getroffen worden, das noch heute unterzeichnet wird.

### Befriedigung in Paris.

(Eigener Drahtbericht der „Dresdner Nachrichten“.)  
Paris, 4. Okt. Von einer maßgebenden französischen Persönlichkeit ist erklärt der Expres-Korrespondent, daß die im Laufe des heutigen Tages aus Mudania eingetroffenen Nachrichten die offiziellen Kreise befriedigt haben. Es haben gestern zwei Sitzungen der Konferenz stattgefunden. Die erste Sitzung, die am Vormittag tagte, hatte lediglich vorbereitenden Charakter. Auf der zweiten Sitzung hat man sich, wie der französische Gewährsmann des Korrespondenten behauptet, über den Kern der zu behandelnden Fragen geeinigt. Die heutige Vormittags-Sitzung besetzte sich mit einigen Einwendungen Ismed-Paschas. Die Konferenz nahm alsdann um 10 Uhr die Vollversammlung wieder auf. Man erklärt, daß die kurze Verzögerung, die in den Verhandlungen der Konferenz eingetreten ist, lediglich auf technische Gründe zurückzuführen ist. Die griechischen Generale trafen erst heute nachmittags ein.

### Eine Denkschrift an Frankreich.

Paris, 4. Oktober. Lord Curzon hat dem französischen Botschafter in London am Montag eine Denkschrift überreicht, nach der General Darrington beantragt, in Mudania folgende Forderungen zu verzeichnen: Rückzug der Türken aus der neutralen Zone bis zu einer Entfernung, die jede Verunreinigung der englischen Truppen ausschließt. Verbleiben der englischen Truppen auf dem asiatischen Daranelkenner, keine Plünderung von Osttrazien nach die Griechen, isolierte Agone nicht auf die verbündete

dingungen, die man ihm augenblicklich aufzuzwingen versuche. Viele Deutsche, so sagte Mac Kenna weiter, besitzen ausländische Werte

und es wäre erwünscht, wenn sie diese zur Verfügung der Regierung stellten. Die deutsche Regierung könne sie nicht dazu zwingen, aber vielleicht würden sich diese Besitzer bereit erklären, ihre ausländischen Werte abzugeben, wenn man sie ihnen gut bezahle. Man könnte den Wert dieser ausländischen Zahlungsmittel nicht genau abschätzen, aber der Redner glaubt, daß es sich etwa um 1 Milliarde Dollars handelt.

Jedenfalls könne Deutschland hiermit einen Teil seiner Reparationsschulden bezahlen unter der Bedingung, daß der Sturz der Mark aufhöre. Auf keinen Fall aber könne Deutschland im Laufe der nächsten Jahre diese Zahl überschreiten. Auch wenn es sich bereit erkläre, die Zahlung von 1 Milliarde Dollars zu übernehmen, müsse man ihm trotzdem ein recht langfristiges Moratorium geben.

Redner erkennt die Schwierigkeiten an, die sich einer Verzögerung der deutschen Schuld durch die alliierten Regierungen in den Weg stellen, und daß die Siegerstaaten entschlossen sein würden, wenn man offiziell die deutsche Zahlungsunfähigkeit anerkenne. Während des Krieges habe

**Frankreich**  
seine Einfuhr stark erhöht und sich hierdurch mit einer großen internationalen Schuld belastet. Wenn Frankreich diese Schulden los werden wolle, müsse es seine Produktion vergrößern und mehr ausführen als verbrauchen. Aber seine Schuld sei so groß, daß sie in gar keinem Verhältnis zu seinen augenblicklichen internationalen Handelsmöglichkeiten stehe. In derselben Lage befänden sich alle übrigen Schuldnerstaaten mit Ausnahme Englands, das dank seiner Reserven an ausländischen Zahlungsmitteln in der Lage sei, seinen Verpflichtungen gegenüber den Vereinigten Staaten nachzukommen. Unter den übrigen Mächten sei Frankreich diejenige, die die größten Reserven besitze, und doch reichlich diese Reserven noch lange nicht aus, um seine Schulden zu bezahlen. Die ganze Frage müsse insoweit von der Gesamtheit der Mächte in Ruhe gelassen werden. Während der letzten beiden Jahre habe man die Folgen des ständigen Sturzes der Wechselkurse im internationalen Handel beobachtet können.

**Die Schlussfolgerungen**  
sei, daß Deutschland augenblicklich nur das bezahlen könne, was es durch die Veräußerung seiner ausländischen Werte erzielen könne, die sich im Besitze seiner Untertanen befänden. Die Tilgung eines Teils seiner Schulden sei ihm trotzdem nur dann möglich, wenn man in der nächsten Zeit keine anderen Zahlungen von ihm verlange, und wenn die deutsche Mark sich stabilisiert habe. Außerdem dürften die Forderungen an Deutschland niemals den Ertrag der deutschen Einfuhr übersteigen. England könne seine Schuld an die Vereinigten Staaten sowohl vergüten wie amortisieren. Zum Schluss wies Mac Kenna darauf hin, daß die Bankleute die Verpflichtung hätten, mit allen Mitteln die öffentliche Meinung dahin zu beeinflussen, daß sie den internationalen und Handelsgehaltspunkten der internationalen Schuld vollkommen Rechnung trügen.

### Keine Gehaltsgrenze mehr für die Angestelltenversicherung.

Berlin, 4. Okt. Der Sozialpolitische Ausschuss des Reichstages nahm bei der Beratung über die Änderung des Versicherungsgesetzes für Angestellte entsprechend einem Antrag der Deutschen Nationalen Partei und der Deutschen Volkspartei den Grundlag an, daß die Verdienstgrenze für die Versicherungsspflicht überhaupt fallen solle. Es wurden aber folgende Personen für versicherungsfrei erklärt, sofern ihr Jahresarbeitsverdienst 500 000 Mark übersteigt: Bevollmächtigte Betriebsleiter, Mitglieder des Vorstandes bei juristischen Personen und Geschäftsführer bei Gesellschaften m. b. H. Alle anderen Angehörigen sind also ohne Rücksicht auf die Höhe ihres Jahresarbeitsverdienstes versicherungspflichtig.

**Die neuesten Bezüge der Kontrollkommissionsmitglieder**  
Berlin, 4. Okt. Die Vorkontrollkonferenz hat die Bezüge der Mitglieder der internationalen Kontrollkommission mit Wirkung vom 1. September auf das Dreifache der bisherigen Sätze erhöht. Demgemäß erhalten fortan monatlich außer ihrem Heimatsgehalt 1. der vorstehende General 310 800 Mk., 2. sonstige Generale, sowie Obersten und Oberleutnants 229 425 Mk., 3. sonstige Obersten und Oberleutnants 147 524 Mk., 5. Hauptleute, Leutnants und Unterleutnants 139 275 Mk., 6. Unteroffiziere 75 730 Mk., 7. Gemeine 45 900 Mk. (28. T. B.)

**Dollar (Amtlich): 2130**  
Im Freiverkehr abends 6 Uhr: 2125

## Die Erhöhung des Brotpreises.

In geradezu erschreckendem Maße mehrten sich die Wegweiser, die uns den furchtbaren Leidensweg in das Elend und die Not des kommenden Winters vorzeichnen, mehrten sich die Hubschrauben mit einer Brutalität, die nicht nur in jedem Denkenden die schwerste Beforgnis erwecken, sondern auch das in seiner Gesamtheit nahezu fatalistisch gewordene deutsche Volk immer wieder auf neue aus seiner dumpfen Verzweiflungstimmung herausreißen. So sehen wir uns heute wieder unabwehrbaren Tatsachen gegenüber, die die Nerven des deutschen Volkes auf die allerhöchste Belastungsprobe stellen und die nur zu leicht den Zündstoff abgeben können, die wirtschaftlichen Nöte durch innerpolitische Krisen bis zur Unertügllichkeit zu steigern. Wir wissen es seit langem, daß unsere Kohlenbedürfnisse sowohl für die Industrie wie selbst für den Hausbrand zu knapp geworden ist, daß wir trotz der wiederum drohenden Erhöhung der Kohlenpreise der Winterkälte gegenüber nicht gerüstet sind, wir wußten auch, daß die Eisenbahntarife gewaltig gesteigert werden, aber daß selbst die am 6. Oktober vorgelegene Erhöhung der Gütertarife bereits am 15. Oktober durch eine neue 60prozentige Steigerung abgelöst werden soll, läßt für die Preisbildung aller Bedarfsartikel die schlimmsten Befürchtungen offen. Und das um so mehr, als die Entwicklung des Dollarkurses in den letzten Tagen auch mit dem Schlagwort der durch die Lösung der Schachschere erreichten Atempause andrückt. Es kann für uns keine Atempause sein, wenn die Reichsregierung bei der bedenklichen Passivität unserer Zahlungsbilanz aus den ohnehin schon schwachen Deviseneingängen monatlich 15 Goldmillionen an die Reichsbank abführen, dazu die Ausgleichszahlungen aufbringen muß, und wenn wir durch täglichen Notendruck von 8 Milliarden — ungerechnet die Notzahlungsmittel der Länder, Städte und Handelskammern — Umsätzen von Milliarden aus dem Boden stampfen. Das Schlimmste und am unmittelbarsten auf jede Familie, auf jeden einzelnen Deutschen einwirkende aber ist die gewaltige Steigerung des Brotpreises auf mehr als das Doppelte. Niemand kann verkennen, daß eine bedeutende Erhöhung der Preise für das wichtigste Nahrungsmittel mit ihrer Rückwirkung auf alle Freie eine wirtschaftlich und innerpolitisch höchst ernste und bedenkliche Angelegenheit ist. Und wenn sich gerade in dieser ernsten Stunde die Reichsregierung zu einer so bedeutsamen Maßnahme entschließen hat, so gilt es heute mehr denn je, nicht die Nerven zu verlieren und sich ruhig zu überlegen, ob es überhaupt möglich war, die bisherigen Brotpreise anstandslos zu halten, um nicht durch ungerohtfertigte Verbilligung gegen einen Verstand die innere Zerrissenheit bis zum Uebermaß zu steigern.

Die Reichsregierung hat in der Bekanntgabe ihres Beschlusses auf Erhöhung des Brotpreises bereits auf die Tatsache hingewiesen, daß die Brotpreisbildung nur zu einem geringen Teil von der inländischen Erzeugung abhängt. Die Hälfte unseres Getreidebedarfs wird bekanntlich aus dem Auslande bezogen. Tamals aber, als der Brotpreis für die erste Periode festgesetzt wurde, hand der Dollar auf etwa 400, er ist in unerhört raschem Lauf auf 2000 gestiegen und bewegt sich heute bereits wieder um die 2000. Da leuchtet es auf den ersten Blick ein, daß allein diese Tatsache es unmöglich gemacht hätte, den Brotpreis auf der bisherigen Höhe zu halten, zumal die vielleicht von der Regierung gebotene Hoffnung auf eine wesentliche Verbesserung unserer Valuta sich als trügerisch erwiesen hatte. Trotzdem werden wir es leider erleben müssen, daß sich die ganze Erbitterung des Volkes gegen die deutsche Landwirtschaft richten wird, da auch für sie eine Erhöhung des Umlagepreises nicht mehr zu umgehen war. Gewiß, die Landwirtschaft hat im Kriege verdient. Das liegt im Wesen des extensiven Betriebes, da im Kriege Stroh und künstliche Düngemittel nicht zu beschaffen waren. Die Anwesen, die der Landwirt zur Erzeugung des Getreides aufzuwenden hatte, wurden dadurch auf ein Minimum herabgedrückt, der Gewinn wurde relativ größer, aber die volkswirtschaftlich bedenkliche Folge davon war, daß der Ertrag erschreckend zurückgegangen war. Ueberhaupt wird man, wenn man die Notwendigkeiten der Ernährungswirtschaft richtig einschätzen will, die volkswirtschaftlichen Erzeugnisse mehr in den Vordergrund, die in den Städten aber nur zu verbreitete Mißstimmung gegen die reichen geldhamtenden Bauern große Verdienste erzielen — das kommt in allen Berufen vor —, in der gesamten Landwirtschaft hat sich das Bild geändert, und die richtigen Mittel, die von der Landwirtschaft zur Steigerung der Produktion aufzuwenden werden, lassen sich an der Statistik erkennen. So hat, um nur den Düngerverbrauch herauszugreifen, im letzten Wirtschaftsjahr der Bezug von Stickstoffdünger trotz anfänglich starken Verengens der Zufuhr 295 000 Tonnen gegen 210 000 Tonnen im Jahre 1914 und der Kalibezug 820 000 Tonnen gegenüber 557 000 Tonnen im Jahre 1914 betragen. Das sind gewiß sprechende Zahlen. Auch an der Landwirtschaft ist der ungeheure Anstieg des Dollars von 400 Mark bei Festlegung des Umlagepreises auf 2000 nicht spurlos vorübergegangen, und es ist heute nicht mehr zu rechtfertigen, daß der Landwirt 345 Mark für den Zentner Roggen erhält und 2800 Mark für den Zentner Ammoniak bezahlt, daß er das Getreide abliefern und das Abfall